

Hendricks' Plan gegen Massentierhaltung

Bundesumweltministerin will Bauauflagen für Megaställe ausweiten. Ihre Idee stößt auf Skepsis – besonders beim Bauernverband.

VON TERESA DAPP

Berlin. In Deutschland leben 12,6 Millionen Rinder, 27 Millionen Schweine und 160,7 Millionen Hühner. Ein immer größerer Teil davon ist in riesigen Ställen untergebracht. Diese Massentierhaltung schadet der Umwelt – und viele Bürger lehnen die Megaställe ab. Umwelt- und Bauministerin Barbara Hendricks (SPD) will ihnen helfen, sich zu wehren.

„Seit der letzten Verschärfung ist der Neubau von Stallanlagen dramatisch eingebrochen.“

**BERNHARD KRÜSKEN,
DEUTSCHER BAUERNVERBAND**

Hendricks mahnt immer wieder eine Agrarwende hin zu nachhaltiger und umweltverträglicher Landwirtschaft an; dabei gehören Tierwohl und Tierhaltung eigentlich nicht in ihr Ressort – die Umweltfolgen der Tierhaltung jedoch schon. Mit Hilfe des Baurechts will Hendricks nun Bürgern und Kommunen mehr Mitspracherecht geben, wenn ein Investor einen großen Stall bauen will.

Die bisherige Rechtslage ist



Tausende von Masthähnchen in einem Stall: So sieht Massentierhaltung aus. Genau die will Bundesumwelt- und Bundesbauministerin Barbara Hendricks mit Bauauflagen ausbremsen.

Foto: dpa

Futter zukaufen, ist egal. Ställe, deren Betreiber über keine entsprechende Fläche verfügen, müssen seit 2013 durch ein bauplanungs-

wohner schon früh von den Plänen und würden in zwei Stufen beteiligt. Die Gemeinde könne etwa sagen: „Da darf die Anlage nicht

hähnchen, 15 000 Puten, 1500 Schweinen oder 600 Rindern; diese Zahlen will Hendricks nicht ändern. Allerdings will sie über

deckt und behandelt werden, weswegen alle vorbeugend Antibiotika bekämen, die über die Nahrung oder das Trinkwasser auch bei den Menschen ankämen. Zudem wird die Umwelt durch Feinstaub, Ammoniak und das klimaschädliche Gas Methan belastet. Auch ist seit 20 Jahren das Grundwasser in Deutschland vielerorts zu stark mit Nitrat belastet. Dazu kommt der enorme Bedarf an Futter, dessen Anbau sehr viel Fläche in Anspruch nimmt.

Der Gesetzentwurf ist fertig

Ob und wann etwas aus Hendricks' Plänen wird, ist offen. Der Gesetzentwurf ist fertig und soll demnächst in die Ressortabstimmung gehen. Agrarminister Christian Schmidt (CSU) sieht die Pläne kritisch: Die „Entwicklungsperspektive der Landwirtschaft“ sollte nicht blockiert werden, sagte ein Sprecher des Ministeriums gestern. Ziel sei ein Ausgleich zwischen den Interessen von Anwohnern und Tierhaltern. Zudem gelte es abzuwarten, wie sich die „Verschärfung von 2013 auswirkt“, sagte der Sprecher weiter. Im Ministerium werde man sich den Entwurf „in Gänze anschauen“ und im Rahmen der Ressortabstimmung Anmerkungen machen.

Kritik kam vom Deutschen Bauernverband: Schon jetzt seien die Genehmigungsverfahren zu langwierig für kleine Betriebe. Zudem biete das geltende Recht